

Jenaer Splitter II: Dienstag

von Robert Feustel, Karsten Malowitz, Bianca Prietl, Hannah Schmidt-Ott, Lars Döpking, Wibke Liebhart, Stephanie Kappacher, Philipp Tolios, Lisa Knoll

Bericht von der Abschlusskonferenz der DFG-Kollegforscher*innengruppe "Postwachstumsgesellschaften" und der 2. Regionalkonferenz der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Jena

Klassentreffen in der Krise

Think big and speak loudly!

Arbeit, Wachstum, Gender

Ein Grund zur Sorge

Einer gegen alle

Politik und ihre Möglichkeiten

Soziologie von nebenan

Im englischen Garten der Soziologie

Zum Verhältnis von Finanzmarkt und Wohlfahrtsstaat

Klassentreffen in der Krise

Veranstaltungen wie die DGS-Regionalkonferenz sind vielfach inspirierend und perfekt zum Netzwerken. Außerdem überfordern sie mit Unmengen an Input, Sozialkontakt und großem Gewimmel. Und ein wenig ist es wie mit den großen Festivals: Das beste Konzert findet immer auf einer der anderen Bühnen statt. Das führt dazu, dass viele der BesucherInnen nichts anderes machen, als zwischen den Gigs umherzuirren, um doch nie am richtigen Ort zu sein. Ganz grundsätzlich lassen sich Zweifel formulieren, ob und wenn ja in welcher Form es bei Veranstaltungen dieser Art und Größe tatsächlich um Inhalte geht. Das soll natürlich nicht heißen, dass sie zu kurz kämen. Im Gegenteil: Die Panels von zweieinhalb Stunden mit jeweils vier oder fünf Vorträgen sind so prall gefüllt mit Inhalten, dass eine amtliche Überdosis droht.

In mancher Hinsicht allerdings erinnert so ein Kongress stark an ein Klassentreffen: Hier kommt – in beachtlicher Zahl – eine bestimmte intellektuelle, soziale und in Teilen auch ökonomische Klasse zusammen, ein Milieu, wie es in anderen Theoriezusammenhängen heißen würde. Das wird nicht zuletzt an dem typisch akademischen oder gar soziologischen Begriffsfeuerwerk sichtbar. Zwischen Diskurs, Struktur, Semantik und System werden Namen fallen gelassen: Polanyi (jener ziemlich oft, schließlich hat er unfreiwillig das Motto geliefert), Bauman, Beck, Rancière und so weiter. Zumeist folgt der Gestus des Vortragens der Annahme, alle im Raum hätten die relevanten Texte gelesen und könnten ähnlich souverän wie Vortragende oder Diskutierende mit den entsprechenden Theorien jonglieren. Das ist soweit nichts Neues, schließlich handelt es sich um einen Soziologiekongress: If it looks like a duck... Trotz Namedropping hält sich der Jargon allerdings in Grenzen, soweit ich das beurteilen kann.

Ein Klassentreffen ist es außerdem, weil wieder vermehrt über Klasse gesprochen wird, wenn auch zaghaft und vorsichtig. Das ist allerdings eine gleichsam unsoziologische, weil nicht überprüfbare Behauptung. Schließlich ist es nicht möglich, selbst bei vollem Einsatz, mehr als ein Sechstel der Veranstaltungen zu besuchen. Der Kapitalismus und seine Krise(n) jedenfalls sind – das zeigt schon das Programm eindrücklich – allgegenwärtig. Und da wir in Jena sind, ist anzunehmen, dass es zumindest nicht als unschicklich oder altbacken aufgefasst wird, tatsächlich klassentheoretische Argumente vorzubringen.



(Entspannte Klassentreffenatmosphäre auf dem Jenenser Campus; Foto: Stephanie Kappacher)

Wie ein Klassentreffen wirkt es schließlich auch, weil sich, wenig überraschend, viele kennen. Es wird amtlich begrüßt, geherzt, bewundert und genetzt. (Vermutlich wird auch geschimpft und gelästert, das aber wie üblich eher im Stillen.) Einiges an soziologischer Prominenz älterer Jahrgänge darf bestaunt werden. Passend dazu gibt es im Eingangsbereich die älteren und neuen Poesie-Alben der verschiedenen, im Fachbereich gut platzierten Verlage, die teilweise bemerkenswert gewinnorientiert sind; einige TeilnehmerInnen durften sich schon darin verewigen, anderen steht das vielleicht noch bevor.

Inhaltlich sind die Dinge ungleich komplizierter. Das Programmheft enthält schließlich mehr als 100 dicht bedruckte Seiten, ein Panel jagt das nächste. Am Dienstag gab es allein sechs parallel laufende Veranstaltungen zu „Beyond Democracy“, „Beyond Property“, „Care, Kapitalismus, Transformation“, zur Arbeitsgesellschaft im Umbruch, zum Aufstieg Chinas und zu „Subjektivitäten und/ohne Wachstum“, was – by the way – ein etwas irritierender Titel ist. Hektische Betriebsamkeit also und die typische, sympathische Vielstimmigkeit der Soziologie.

Allerdings nehme ich Wetten an, dass in jeder Veranstaltung mindestens ein Mal das Wort Krise fiel, denn zumindest hierauf hat man sich in Jena verständigt. Schon der Titel „The Great Transformation“ ist eine Art Umschrift für Krise und stellt zudem heraus, was einigermaßen offenkundig ist: dass Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen, dass Kultur und Soziales im Umbruch sind. Was das genau bedeutet und vor allem, was daraus folgt, was kommen wird und was wissenschaftlich und politisch zu tun bleibt, ist dann Gegenstand einer munteren wie kritischen Debatte. Ein Problem ist jedoch mit Händen zu greifen: Zwar ist die Lage vergleichsweise eindeutig, jedenfalls im Hinblick auf die Existenz einer sich aktuell zuspitzenden Krise, und der politische Handlungsdruck ist

dementsprechend enorm. Trotzdem passiert bisher bestenfalls wenig, zumindest wenig Substanzielles. Wenn Klimawandel allerdings zur Glaubenssache wird, wenn Fakten also zu Meinungen werden, haben es die Wissenschaften schwer. Das betrifft freilich auch die Soziologie und begründet vielleicht die Ratlosigkeit, die ich zwischen den Panels und Zeilen zu vernehmen glaube.

Zwei Details will ich, trotz zugegebenermaßen leichter Überforderung, dennoch ausrollen. Wolfgang Streecks Vortrag „Taking Back Control: Über die Zukunft des demokratischen Kapitalismus im ‚Westen‘“, gehalten vor einem brechend vollen Hörsaal 1, dessen knapp 600 Plätze fast vollständig besetzt waren, wurde mit auffällig zögerlichem Applaus bedacht. Das könnte daran gelegen haben, dass seiner wie üblich messerscharfen Analyse ökonomischer und sozialer Konstellationen ein Lösungsangebot aus dem Rückspiegel folgte: Der Nationalstaat. Weil es, so Streeck womöglich fahrlässig verkürzt, keine anderen demokratiefähigen Steuerungseinheiten gebe (was ist mit Stadtstaaten zum Beispiel?) und größere Einheiten immer ein hoch problematisches Verhältnis von Zentrum und Peripherie provozierten, sei es unpraktisch oder gar unsinnig, über den nationalen Bezugsrahmen hinauszudenken. Das ist Streitbar, nicht zuletzt weil Ideen von territorialen, also an Schollen und Grenzen gebundenen Staatspraktiken, längst von der Realität überholt wurden und das Konzept der Nation zudem so einige Altlasten mitschleppt.

Bleibt noch eine Anekdote, die auf die Lücke zwischen soziologischer Theoriemaschine und Außenwelt verweist. Nachdem Hanna Ketterer das Buch „Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa“ wortgewandt vorgestellt hatte, meldete sich ein Zuhörer und fragte verwundert, ob es nun doch Differenzen zwischen den drei aktuell oder früher in Jena lehrenden Personen Lessenich, Rosa und Dörre gebe. Er hatte bisher angenommen, die drei seien „ein Herz und eine Seele“. Bisweilen ist der Abstand zwischen Podium und Publikum größer als vermutet. (Robert Feustel)

Think big and speak loudly

Pünktlich zum Beginn der Veranstaltung streikte die Technik. Und so gehörte die erste Viertelstunde den studentischen Hilfskräften, an die sich laut Hartmut Rosas Aussage vom Vorabend alle Kongressteilnehmer*innen wenden sollen, „wenn Sie den Weg nicht finden oder sonst irgendwie verzweifelt sind.“ So übten sich der als Keynote-Speaker geladene US-Ökonom James K. Galbraith (Austin) und sein Gastgeber Mike Geppert (Jena) auf dem Podium in Geduld und warteten, bis der

Schaden behoben war. Kaum jedoch, dass die guten Geister, ohne die kein Kongress funktionieren würde, ein funktionsfähiges Mikrofon organisiert und Geppert dieses nach seiner Einführung an den Redner übergeben hatte, war es mit der Ruhe schlagartig vorbei. Mit breitem texanischen Akzent und einer Stimme, die den Wachmannschaften auf den Mauern von Jericho den Angstschweiß auf die Stirn getrieben hätte, machte sich der renommierte Sohn des noch renommierteren John Galbraith ohne Umschweife daran, seine Deutung der gegenwärtigen Krise sowie mögliche Vorschläge zu ihrer Überwindung zu präsentieren.

Neben der Gefahr eines globalen Nuklearkriegs, der sofort ein tödliches Ausmaß an Erderwärmung zur Folge hätte, sei es vor allem die langsam und lautlos, aber auf lange Sicht nicht minder fatal wirkende Klimakrise, von der die größte Bedrohung für die Zukunft der Menschheit ausgehe. Alle bisherigen Vorschläge zur Lösung des Problems griffen zu kurz. Wer immer noch auf die Stimme seines inneren Hayek höre („voice of his inner Hayek“) und ernsthaft glaube, die globale Erderwärmung mit den vorhandenen Mechanismen der Marktwirtschaft aufhalten oder auch nur eindämmen zu können – Stichwort Emissionshandel –, belüge sich selbst. Gefordert seien vielmehr ein radikales Umdenken („new ideas“) und ein radikaler Umbau des politischen und wirtschaftlichen Institutionensystems („new institutions“). Anders ließen sich weder die ökologische Herausforderung noch die mit ihr einhergehenden sozialen und ökonomischen Folgeprobleme in den Griff kriegen. Wenn Arbeit infolge der voranschreitenden Digitalisierung knapper und Energie teurer werde, brauche es flankierende staatliche Maßnahmen, die verhindern, dass es zu sozialen Verwerfungen und infolgedessen zu politischen Radikalisierungsprozessen komme. Andernfalls, so Galbraith, könnten die großen Veränderungen, die uns bevorstehen, in eine Welt münden, in der es mit den Freiheiten, die wir heute genießen und für selbstverständlich erachten, schneller vorbei ist, als wir ahnen.

Einen der zentralen Hebel zur Verwirklichung dessen, was Klaus Dörre am Vorabend die „soziale und ökologische Nachhaltigkeitsrevolution“ genannt hat, sah Galbraith dabei in der Umgestaltung der internationalen Finanz- und Wirtschaftsarchitektur und der Umverteilung des Reichtums. Die 2008 ausgebrochene und mit Blick auf ihre Folgen bis heute nicht überwundene Finanzkrise sei kein unvorhersehbarer Unfall im Rahmen eines ansonsten gesunden Systems gewesen, wie die Vertreter*innen des finanz- und wirtschaftspolitischen Mainstreams behaupteten. Vielmehr habe es sich um die mehr oder weniger zwangsläufige Folge struktureller Ursachen gehandelt, namentlich die auf der Konkurrenz von Nationalstaaten basierende internationale Ökonomie wie auch die Hypertrophie, Größenwahn und Betrug begünstigende Organisation des internationalen Finanzwesens. In den entwickelten Gesellschaften des globalen Nordens habe der Kapitalismus seine einstige Funktion als Garant von Produktivität und Wertschöpfung verloren und werde sie auch – trotz aller Finanzspritzen und einer Politik des billigen Geldes – nicht wieder erlangen. Galbraith zufolge trägt der Finanzmarktkapitalismus in seiner gegenwärtigen Form vielmehr dazu bei, die bestehenden Ungleichheiten zwischen Arm und Reich noch weiter zu verschärfen. Um ein sozial und ökologisch verträgliches Wachstum in Gang zu bringen brauche

es daher nicht (noch) mehr Geld, sondern eine Umgestaltung des internationalen Institutionensystems, denn, so die lapidare Schlussfolgerung, wenn das Getriebe kaputt sei, helfe mehr Benzin auch nicht weiter.

Galbraith beließ es aber nicht bei diesen allgemeinen Hinweisen, sondern wartete mit konkreten Vorschlägen auf, die es in sich hatten. Zu den Maßnahmen, die er der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten empfahl, gehörten die Einführung eines transnationalen Modells der Sozialversicherung, die Implementierung einer staatlichen Jobgarantie sowie eine Abkehr von der anhaltenden Austeritätspolitik zugunsten umfangreicher Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen in den Bereichen Verkehr, Energie und Kommunikation („the mother of all New Deals“). Vor allem aber, so Galbraith, der sich inzwischen in Rage geredet hatte, brauche es eine Neuordnung des Bankensektors und einer Entmachtung der Europäischen Zentralbank (EZB), in deren geldpolitischen Leitlinien er eine der Hauptursachen für die gegenwärtigen Probleme in der Eurozone ausmachte. Gegründet zu einem historischen Zeitpunkt, als die Lehren von Friedrich August von Hayek und Milton Friedman Konjunktur hatten, folge die EZB bis heute den zutiefst ideologischen Grundsätzen einer Reihe von Wirtschaftstheoretikern, die die Mehrzahl der Staaten in der Eurozone – allen voran Deutschland – auch heute noch für sakrosankt erachteten. Statt sich für die denkbar schlechteste aller Möglichkeiten zu entscheiden und die Zuständigkeit für die Währung einer Gruppe dogmatisch verbohrter Ökonomen („group of dogmatic economists“) zu übertragen, wie es die EU getan habe, gehöre die EZB unter demokratische Kontrolle gebracht, um die dringend benötigten Kurskorrekturen vorzunehmen, die in den vergangenen Jahren versäumt worden seien.

Staatlicher Kontrolle unterworfen, wenn auch aus anderen Gründen, nämlich zur Vermeidung neuerlicher systemgefährdender Krisen und zur Verringerung bestehender sozialer Ungleichheiten, gehören für Galbraith schließlich auch die großen privaten Finanzinstitute. Andernfalls, so seine Prognose, drohe uns eine Achterbahnfahrt nach der anderen („one roller coaster ride after the other“). Auf die aus dem Publikum heraus gestellte erstaunte Nachfrage, ob die anempfohlene staatliche Übernahme nicht rechtlich bedenklich sei, antwortete Galbraith mit einem Schulterzucken und einem Satz, der an Selbstverständlichkeit und Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig ließ: „When you have to take banks over, you take them over.“ Da sage noch einer, die Wissenschaft hätte keine Lösungen im Angebot. Wir sehen uns in Frankfurt. (Karsten Malowitz)

Arbeit, Wachstum, Gender

Wie differenziert und reproduziert sich das wechselseitig konstitutive Verhältnis von Arbeit(steilung) und Geschlechter(verhältnissen) in Postwachstumsgesellschaften? Welche Rolle spielen Geschlecht, *race* und Klasse dabei? Welche vergeschlechtlichten und dabei auch rassisierten wie klassisierten Formen nehmen Trennungen zwischen Produktions- und Reproduktionsarbeit, aber auch innerhalb bezahlter Erwerbsarbeit an? Lassen sich neben Differenzierungsprozessen auch Prozesse der Entdifferenzierung oder eines De-Gendering erkennen? Vor dem Hintergrund des Kongressthemas nahm sich die von Mike Laufenberg (Berlin) und Alexandra Scheele (Bielefeld) als Vertreterinnen* der DGS-Sektion Frauen- und Geschlechterforschung organisierte Veranstaltung mit dem Titel „Dimensionen vergeschlechtlichter Arbeitsteilung in Postwachstumsgesellschaften: Transformationen und Persistenzen“ diesen ‚alten‘ Fragen der Geschlechterforschung im neuen Gewand intersektionalitätstheoretischer Perspektiven an. In drei Vorträgen wurden aktuelle Forschungsbefunde und teils visionäre Überlegungen zur Diskussion gestellt, die sich einfachen Stellungnahmen verwehren.

Zunächst lenkte Hildegard Maria Nickel (Berlin) den Fokus auf die Reproduktionskrise, wie sie hochqualifizierte Fach- und Führungskräfte der Deutschen Bahn AG erleben. Unter Rekurs auf qualitative Interviews mit männlichen* und weiblichen* Führungskräften rekonstruierte sie, wie das männliche Normalarbeitsverhältnis ebenso wie die traditionelle betriebliche Geschlechterordnung zunehmend unter Druck gerieten. Im Kontext der von Ilse Lenz beschriebenen „flexibilisierten Geschlechterordnung“ erlebten sowohl Männer* als auch Frauen*, dass Arbeit und Familie ihnen alltäglich ‚Höchstleistungen‘ abverlangten, denen sie nur unter der Aufopferung ihrer selbst wie weitestgehender Aufgabe kultureller und politischer Partizipation glauben gerecht werden zu können. Vereinbarkeitsfragen scheinen also nicht länger ein ausschließlich Frauen* vorbehaltenes Problem zu sein, sondern plagen zunehmend auch Männer*. Während Letztere - so zumindest das Ergebnis von Nickels Studie - nur selten von überlangen Arbeitszeiten absähen und eine Anwesenheitskultur pflegten, versuchten die interviewten Frauen* durch vollzeitnahe Teilzeitarbeit Zeitressourcen zu gewinnen. Diese würden jedoch allzu rasch von der Koordination verschiedener institutioneller Taktgeber - etwa von Schulen, Behörden oder Arztpraxen - aufgezehrt, sodass unterm Strich trotz Flexibilisierung kaum Zeit für etwaige Lebensinhalte außerhalb von Beruf und Familie bliebe. Basierend auf diesen Erkenntnissen skizziert Nickel ein „Reduktionstheorem“, demzufolge Führungskräfte Aktivitäten jenseits von Erwerbs- und Familienpflichten auf ein Minimum an Selbstsorge reduzierten. Solche Versuche eines individuell-persönlichen Umgangs mit der strukturellen Vereinbarkeitsproblematik sind jedoch zwangsläufig zum Scheitern verurteilt. Für die Beschäftigten komme erschwerend hinzu, dass für die damit verbundenen Frustrationserfahrungen kaum Resonanzraum im Unternehmen zur Verfügung stehe, ja, diese vielmehr sogar tabuisiert würden. Vor diesem Hintergrund plädierte Nickel für eine Revitalisierung der betrieblichen Geschlechterpolitik, womit weniger eine Neuauflage von Frauenförderprogrammen gemeint ist, sondern eine Reorientierung von Verteilungs- und Aushandlungskonflikten, wie sie rund um die Fragen nach ‚guter

Arbeit' stattfinden. Diese müssten auch die Reproduktionsbedürfnisse – hier ebenfalls verstanden als Bedürfnisse nach kultureller und politischer Partizipation, ebenso wie nach Selbstsorge – anerkennen und berücksichtigen.

In ihrem Vortrag rückte Ingrid Jungwirth (Kleve) die vergeschlechtlichten und zugleich ethnisierten beziehungsweise rassisierten Arbeitsverhältnisse in der postmigrantischen Gesellschaft, vulgo Einwanderungsgesellschaft, ins Zentrum der Veranstaltung. Sie plädierte für eine integrative soziologische Perspektive auf den gesamten Lebenslauf, die Erwerbs- sowie Familien- und Migrationszyklus miteinander verknüpft und es auf diese Weise erlaubt, die soziale Position von Migrant*innen im Zusammenspiel mit Lebenslauf-, Migrations- und Genderregimen zu verstehen. Die im Plenum vorgestellte Untersuchung zur Arbeitsmarktbeteiligung und -stellung von (hochqualifizierten) Migrant*innen und Frauen* mit Fluchterfahrungen offenbarte deren erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt – sowohl im Vergleich zu Männern* mit Migrationshintergrund als auch in Relation zu Frauen* mit vergleichbarer Qualifikation, aber ohne Migrationshintergrund: Im Vergleich zu Männern* mit Migrationshintergrund verfügten sie seltener über einen (anerkannten) Berufsabschluss, erlebten öfter Diskriminierungen (etwa aufgrund ihres Kopftuches) und fänden sich darüber hinaus auch häufiger in Beratungssituationen wieder, in denen sie ungeachtet ihrer tatsächlichen Qualifikation in Richtung niedrig entlohnter ‚Frauenberufe‘ in den sogenannten SAHGE-Bereichen (Soziale Arbeit, haushaltsnahe Dienstleistungen, Gesundheit und Pflege) vermittelt werden sollten. Letztere Erfahrungen machten auch formal hochqualifizierte Migrantinnen*, die etwa davon berichten, trotz eines Ingenieurabschlusses in Elektrotechnik eine Umschulung zur Bäckereifachverkäuferin anempfohlen bekommen zu haben. In der Folge sind sie überdurchschnittlich oft unter ihrer Qualifikation beschäftigt – oder bleiben gar ganz unbeschäftigt. Im Unterschied zu Männern* mit Migrationshintergrund erlebten diese Akademikerinnen* einen besonders starken Einschnitt ihrer Erwerbsbeteiligung. Und auch fünf Jahre nach der Migration sei erst die Hälfte von ihnen wieder im Arbeitsmarkt integriert, könne ihr Ausgangsniveau aber nicht mehr erreichen.

Aufgrund der schlechten Datenlage könnten Unterschiede nach Herkunftsländern nur vermutet werden. Allerdings meint Jungwirth einen Zusammenhang zwischen Erwerbsintegration und Familienregime zu erkennen: Demnach würden die dem Ideal des Alleinverdienermodells nahestehenden Migrantinnen* häufiger unbeschäftigt bleiben als diejenigen, die das Ideal des Zweiverdienermodells favorisierten. Ein einfacher Ursache-Wirkungs-Zusammenhang scheint mir hier aber zu kurz gegriffen; vielmehr stellt sich meines Erachtens die Frage, inwiefern in dieser Beobachtung diskursive (Selbst-)Legitimationsstrategien in Anbetracht ungerechter, hochgradig asymmetrischer und hierarchischer Arbeitsmarkterfahrungen zum Tragen kommen.

Das Ende der Veranstaltung bildete Christine Bauhardts (Berlin) Vortrag, in dem sie den Mainstream der Degrowth-Debatte aus der Perspektive der Feministischen

Politischen Ökologie kritisch diskutierte. Die sie umtreibende Frage lautete: Wie wird feministische Kapitalismuskritik, die immer auch Patriarchatskritik sei, in den Postwachstumsüberlegungen aufgegriffen und rezipiert? Die Antwort fiel denkbar ernüchternd aus: Wo Care-Tätigkeiten nicht als ‚pleasant and unstressful occupations‘ romantisiert und verkannt würden, gerieten sich die Debattenbeiträge weitestgehend geschlechtsblind. Viel zu sehr werde im Geiste des Green New Deal auf technische Innovation gesetzt; und obwohl der Care-Sektor für die sozial-ökologische Transformation der Postwachstumsdebatte von zentraler Bedeutung sei, würden feministische Einsichten bezüglich der ‚unheilvollen Verquickungen‘ von Frauen*, Reproduktion und Natur weitestgehend ignoriert. Den experimentellen Versuchsprojekten der Solidarischen Ökonomie schließlich attestierte Bauhardt eine beinahe naive Zukunftsvergessenheit, weil sie längerfristigen Absicherungs- und Versorgungsfragen nicht systematisch nachgehen würden. Im Unterschied hierzu offeriere die Feministische Politische Ökologie eine Perspektive, die die kapitalistisch-patriarchale Herrschaftskritik des Ökofeminismus aufgreift und poststrukturalistisch weiterdenkt. Damit soll der Nexus von Frau*, Mutter und Natur aufgebrochen werden. Während marxistisch-feministische Kritik – so Bauhardt – vor allem zum Ziel habe, die Ausbeutung weiblicher* Care-Arbeit als eine quasi-natürliche Ressource auszuhebeln, will eine Feministische Politische Ökologie einen neuen und positiven Bezug zu Care-Arbeit im Sinne von körperbezogen-emotionaler Arbeit zur Herstellung von Wohlbefinden – als „wellth“ bezeichnet (Mary Mellor) – etablieren. Anders formuliert: Es geht darum, Care-Arbeit in ein ‚gutes Leben‘ zu integrieren und gleichzeitig zu entfeminisieren. Skizziert wird damit die Vision einer emanzipativen Transformation der Natur- und Geschlechterverhältnisse, die jedoch nicht der Versuchung einer Rückkehr zu romantisierten Idealen einer vor-kapitalistischen Gesellschaftsordnung erliegt; vielmehr geht es um eine Auf- und Neubewertung von Care-Arbeit jenseits von real-materieller oder symbolischer Mutterschaft. Der Vortrag endete mit der Frage, wie gesellschaftliche (Re)Produktionsverhältnisse in ihrer Verwobenheit von Natur, Materialität, Diskurspolitik und symbolischer Ordnung gedacht, insbesondere auch gestaltet werden könnten – und lieferte dem Publikum damit reichlich Stoff zum Nachdenken und Diskutieren. (Bianca Prietl)

Ein Grund zur Sorge

Noch etwas müde blinzelte die interessierte Hörerinnenschaft gen Podium, als um 9 Uhr morgens Joan Tronto von der University of Minnesota die erste Keynote des noch jungen Tages halten sollte. Doch bevor sie mit ihrem Vortrag einsetzte, gehörte die Bühne für einige Minuten den Vertreterinnen einer Kampagne des Universitätsklinikum Jena, die sich für bessere Arbeitsbedingungen – ganz besonders einen niedrigeren Personalschlüssel – einsetzt. Die Intervention war kurz

aber eindrücklich, berichtete doch eine anwesende Pflegekraft, dass sie am UKJ die alleinige Verantwortung für 16 PatientInnen trage. Gute Pflege sieht unbestreitbar anders aus.

In ihrem anschließenden Vortrag „The Future of Caring Democracy“ erklärte Tronto, dass die Ideologie des freien Marktes eigentlich eine Frage von Sorge (hier immer gemeint im doppelten, englischen Sinne) sei. Während in Marktgesellschaften jedoch *wealth care*, also den staatlichen Schutz Wohlhabender durch Steuern und Privatisierung im Vordergrund stehe, macht Tronto ein Demokratieverständnis stark, in dem die Verteilung von *care responsibilities* im Zentrum steht. Sich für *care* verantwortlich zu zeigen, bedeute nicht nur, jedem und jeder eine Stimme zu geben, sondern auch Bedürfnisse gezielt zu adressieren – etwa mit Hilfe öffentlicher Institutionen.

War der Vorlesungssaal während der Keynote bereits gut, aber nicht prall gefüllt, platzte der Raum zu Beginn des anschließenden Panels „Care, Kapitalismus, Transformation“ aus allen Nähten, und Sauerstoff war bereits nach kurzer Zeit ein knappes Gut. Knappheit anderer Art war auch Gegenstand der folgenden Vorträge. Brigitte Aulenbacher, Tine Haubner, Karina Becker und Sylka Scholz zeigten eindrücklich, dass, wer von der Krise der Sorgearbeit reden will, von kapitalistischen Dynamiken nicht schweigen darf. Insbesondere die Vorträge von Aulenbacher und Haubner waren glänzende Beispiele für kluge Analysen zum Zusammenhang von Kapitalismus und Pflegeorganisation, die jedoch zu unterschiedlichen Schlüssen kamen. Denn während Aulenbacher eine zunehmende Ökonomisierung der Sorge und so deren Kommodifizierung diagnostizierte, identifizierte Haubner eine „Quasikommodifizierung“: Sorgearbeit werde an bürgernahe Gemeinschaften, also zumeist an eine Kombination aus Familienangehörigen und angelerntem Personal, delegiert und damit zwar ausgelagert, aber nicht vollständig vermarktet.

Unter Sorge, so Aulenbacher in ihrem Vortrag „Sorgender Kapitalismus? Die Vermarktung, Industrialisierung und Rationalisierung des Sorgens“, verstehe sie die Bearbeitung der Kontingenz des Lebens, das eben per se ungewiss und verwundbar, bedürftig und angewiesen sei. Die kapitalistische Gesellschaft sei insofern eine „strukturell sorglose“, als dass ökonomische Belange dem Leben und seinem Erhalt immer vorgelagert seien. Das hänge mit der Inwertsetzung von Sorge zusammen, die Aulenbacher als „fiktive Ware“ im Sinne Polanyis bezeichnete: sie werde zwar essenziell für die Wirtschaft, aber nicht für den Verkauf hergestellt – und könne so durch ihre Kommodifizierung prinzipiell zerstört werden.

Als empirisches Beispiel für die Unterwerfung von Sorgearbeit unter die kapitalistische Marktlogik diene ihr der „Live-in-Care“-Ansatz. Bei diesem Arrangement werden unterschiedlich gut qualifizierte und formal selbständig arbeitende Frauen (zumeist aus Osteuropa) über Agenturen an Familien vermittelt,

in denen sie dann als Pflegekraft 24 Stunden Betreuung leisten. Dabei sind sie in die Familien „integriert“, wohnen also im selben Haushalt wie die pflegebedürftige Person und erhalten Kost und Logis sowie einen Lohn, der natürlich weit unter dem liegt, was eine ähnlich umfängliche Betreuung unter „regulären“ (ergo sozialversicherten) Arbeitsbedingungen kosten würde.

Das so entstehende Arbeitsverhältnis sei hochgradig informell und berge damit all die Risiken, die Beziehungen zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen, die ins Private hineinreichen, eben mit sich bringen: Entgrenzung, Ausbeutung und Kuhhandel. Zudem werde der Autonomiegewinn der Angehörigen im „Live-in-Care“-Ansatz mit einem Verlust an Autonomie auf Seiten der Betreuerinnen erkauft, der aber durch vielfältige Legitimationsmuster, wie das Unterstellen einer Win-win-Situation, relativiert werde.

Der Blick in die Zukunft, mit dem Aulenbacher ihren Vortrag beendete, überraschte zunächst nicht: die Tendenz gehe zu Digitalisierung und Roboterisierung der Pflege mittels Künstlicher Intelligenz. So solle zwar auch hier die Kontingenz des Lebens bearbeitet werden (und wie ginge das besser als durch die vollständige Planbarkeit roboterisierter Sorge?), doch finde dabei eine grundsätzliche Umwertung der Arbeiten statt: Während die „einfachen“ Pflegearbeiten heute zumeist den Frauen, die „Live-in-Care“ leisten, überlassen würden, und die Familienangehörigen sich um die anspruchsvolleren Tätigkeiten kümmerten, seien es gerade die simplen, routinierten Arbeitsabläufe wie das Waschen von Pflegebedürftigen, die Pflegeroboter vor Probleme stellten, während vermeintlich komplexe Aufgaben wie die Erledigung von Abrechnungen und ähnlichem von diesen sehr viel einfacher erledigt werden könnten.

Der Kapitalismus, so Aulenbachers Resümee, verleibe sich Sorgearbeit auf neue Arten ein und die Ansätze zur Lösung der Sorgeproblematik, an denen heute gearbeitet würde, seien häufig sehr viel mehr an den wirtschaftlichen Interessen der Anbieter als an den Bedürfnissen der Betroffenen ausgerichtet.

Tine Haubners Vortrag „Re-Embedding Care: Zur Vergemeinschaftung von Sorge jenseits von Staat und Markt“ setzte an ebendiesem Punkt an. Doch statt eine Inwertsetzung und Kommodifizierung von Sorge – also eine Ausweitung kapitalistischer Logiken auf den Sorgebereich – zu diagnostizieren, stellte Haubner eine andere These auf: dass nämlich der Ausbau informeller Laienpflege, etwa durch Angelernte oder Familienangehörige, darauf abziele, ein neues Pflegemodell zu etablieren, in dem die Familie als subsidiäre Institution gestärkt wird und, von Laienarbeitern flankiert, die Pflege selbst übernimmt. Dass Pflege nach landläufiger Meinung nur einer „Jederfrauqualifikation“ bedürfe, komme da nur zupass.

Entgegen der bloßen Kommodifizierung von Sorge stellte Haubner zudem die

politökonomischen Besonderheiten von Pflegearbeit heraus: sie lasse sich nur bedingt rationalisieren, da sie zeitintensiv und persönlich sei weshalb Abläufe nur begrenzt optimiert werden könnten, ohne dass die Qualität der Arbeit leide. Pflege, so Haubner, sei somit nur begrenzt profitabel. Weiterhin sei sie in der Bundesrepublik in einer Art „Teilkasko-System“ organisiert, das grundsätzlich darauf ausgelegt sei, die Angehörigen von pflegebedürftigen Personen nie vollständig zu entlasten, sondern sie immer – persönlich oder finanziell – mit in die Pflicht zu nehmen.

Haubners These lautete dementsprechend: Die Instrumentalisierung der Zivilgesellschaft stelle den sozialpolitischen Dritten Weg dar: Der Staat nehme sorgende Gemeinschaften und kommunale Bürgernetzwerke in den Dienst, um Pflegearbeit kostensparend zu verteilen, versuche aber gleichzeitig, dieser Praxis durch den Bezug auf soziale Gemeinschaften einen positiven Anstrich zu geben.

Das System, was hier entsteht, nannte Haubner einen Community-Kapitalismus, der Gemeinschaften als Ressource heranziehe, um die finanziellen Auswirkungen seiner zyklischen Krisen abzdämpfen und Ausgaben einzusparen. Er tue dies unter anderem, indem er fließende Übergänge vom freiwilligen Engagement zur Niedriglohnarbeit schaffe. Diejenigen, die die personelle Reservearmee dieses Systems bildeten, seien die Personengruppen, die kulturell und ökonomisch selbst in besonderem Maße verwundbar sind: Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund und Arbeitslose.

Als in der abschließenden Diskussion die Frage nach den emanzipativen Potenzialen von sorgenden Gemeinschaften aufkommt, macht Haubner noch einmal klar, dass derlei Sorgegemeinschaften in kapitalistischen Systemen immer eine Form von Mangelverwaltung seien, ihr emanzipatives Potenzial sich dementsprechend also in Grenzen halte. Das bedeute zwar nicht, dass nicht auch innerhalb der bestehenden Produktionsweise Maßnahmen denkbar wären, die dazu beitragen können, die prekäre Pflegesituation zu verbessern, wie etwa eine Bürgerversicherung, die das aktuelle Teilkasko-System ablösen könnte. Gleichwohl war ihr Fazit am Ende radikal: Gelingende Sorge, so Haubner, könne es in Wachstumsgesellschaften nicht geben. (Hannah Schmidt-Ott)

Einer gegen alle

Bei der mittäglichen Keynote bot sich die Gelegenheit, mit Wolfgang Streeck (Köln) und Hans-Peter Müller (Berlin) zwei der gegenwärtig renommiertesten deutschen

Soziologen auf dem Podium in Augenschein zu nehmen – eine Gelegenheit, die viele der überwiegend studentischen Kongressbesucher*innen nutzten, war doch der große Hörsaal 1 mehr als gut gefüllt. Als Redner und Diskutant geladen und angekündigt war allerdings nur Streeck, während sich Müllers Part auf die Rolle des Moderators beschränkte. Müllers ebenso herzliche wie aus- und abschweifende Anmoderation konnte jedoch nicht verschleiern, dass dem Doyen des Historischen Institutionalismus in der folgenden Stunde kein Heimspiel bevorstand. Etliche der Einlassungen und Äußerungen, mit denen Streeck in den vergangenen Jahren hervorgetreten ist, wie etwa seine Kritik an den migrationspolitischen Positionen der Linken oder seine wiederholten Attacks gegen die Europäische Union, ließen von vornherein keinen Zweifel daran aufkommen, dass er bei dem ganz überwiegend kosmopolitisch-universalistisch eigenstellten studentischen Publikum kaum auf übermäßige Sympathien hoffen durfte. Wer allerdings, wie Hans-Peter Müller, das Naturell des „unbeugsamen und unliebsamen Linksintellektuellen“ kennt, der konnte wissen, dass sich Streeck, vor die Wahl gestellt, seine Thesen mit Bezug auf das Kongressthema zu revidieren, zu relativieren oder zuzuspitzen, mit Lust für letztere Alternative entscheiden würde. Die Wahl seines Vortragstitels, der mit „Taking Back Control“ keineswegs zufällig den zentralen Slogan der Brexiteers aufnahm, ließ daran von vornherein keinen Zweifel.

Für diejenigen im Publikum, die mit den jüngeren Publikationen des emeritierten MPIfG-Direktors vertraut sind, enthielt der von Streeck mehr oder weniger freihändig improvisierte und mit einigen Schaubildern und Tabellen illustrierte Vortrag wenig Neues. Das Arrangement der Argumente war diesmal gleichwohl ein wenig anders. Den Ausgangspunkt des Vortrag bildete Dani Rodriks Globalisierungs-Trilemma, demzufolge wir aus der Trias von Nationalstaat, Demokratie und ökonomischer Integration immer nur zwei der drei genannten Ziele zugleich verwirklichen können, während die Umsetzung des dritten notwendigerweise defizitär bleiben müsse. Unter Rekurs auf John Maynard Keynes, der in einem seither oft zitierten und entsprechend prominenten Zitat von 1933 (sic!) vor den Gefahren des internationalen Handels (und nicht etwa des Nationalstaats!) warnte, fällt Streeck die Wahl der Ziele leicht: Wir sollten, so seine Empfehlung, auf eine immer umfassendere ökonomische Integration („Hyper Globalization“) verzichten und uns stattdessen auf den Erhalt beziehungsweise die Wiedergewinnung effektiver demokratischer Politik im nationalstaatlichen Rahmen konzentrieren. Da nur Staaten, und nicht etwa Unternehmen, demokratischer Kontrolle unterworfen werden könnten, und auch nur Staaten in der Lage seien, durch die Erhebung von Steuern für die Bereitstellung öffentlicher Güter zu sorgen und demokratische Politik zu ermöglichen, sei das Duo von Nationalstaat und Demokratie *de facto* alternativlos, sobald man einen auch nur minimal emphatischen Begriff von Demokratie präferiere.

Souverän schob Streeck anschließend etwaige Gegenargumente beiseite, die statt des Rückzugs auf die nationale Scholle eine fortschreitende suprastaatliche Integration favorisieren. Die Vertreter entsprechender Positionen müssten anerkennen, dass sich in der jüngeren Geschichte kein freiwilliger

Zusammenschluss souveräner Staaten zu einem größeren und gegebenenfalls mächtigeren Herrschaftsgebilde ereignet hat, während sich zahlreiche gegenteilige Bestrebungen einzelner, auf ihre nationale Selbständigkeit drängender Regionen sehr wohl beobachten ließen. In ähnlicher Weise liefen bestehende suprastaatliche Verbände wie die EU stets Gefahr, sich zu desintegrieren, da sie für den historischen Eigensinn ihrer Mitgliedsstaaten unsensibel seien. In der EU zeige sich eine derartige Ignoranz etwa in dem Versuch, Frankreich dem Fiskalregime der schwarzen Null zu unterwerfen oder Italien die Inflation austreiben zu wollen. Aus diesem Grund sei die Sezession in kleinere und nicht die Integration in größere politische Einheiten die historisch dominante Dynamik. Zur Bekräftigung dieser These verwies Streeck darauf, dass selbst ein kleiner Nationalstaat wie Belgien sich schon längst in seine Regionen gespalten hätte, wenn diese nicht, wie ein zerrüttetes Ehepaar, durch ihren gemeinsam angehäuften Schuldenberg zusammengehalten würden.

Streeck untermauerte numerisch, wie das Wachstum souveräner Staaten dem der Weltbevölkerung seit den 1950er-Jahren gefolgt ist. Zugleich wies er darauf hin, dass die Zahl der Demokratien in den zurückliegenden Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen sei und dass ein Großteil der Demokratien aus kleinen Staaten bestehe – der Median liege bei 7,1 Millionen Einwohner*innen –, die, zumindest in Europa, ökonomisch keineswegs schwächer seien als ihre größeren Nachbarn. Streeck sah darin Belege dafür, dass die Entwicklung zu größeren politischen Einheiten, wie sie die EU vor etlichen Jahren eingeschlagen habe, keineswegs alternativlos, geschweige denn zwingend sei. Zudem, so führte er weiter aus, besäßen nicht nur Personen, sondern auch Gesellschaften einen tief verwurzelten Individualismus, dessen Beharrungskräfte man ebenso wenig unterschätzen solle wie den kollektiven Unternehmergeist kleiner Staaten, die sehr wohl in der Lage seien, sich ihre jeweilige Nische in der Weltwirtschaft zu suchen.

Zum Schluss hatte Streeck sich schließlich noch eine besondere Provokation aufgehoben. So hielt er den Anhänger*innen kosmopolitischer Positionen entgegen, dass sie – womöglich ohne sich dessen bewusst zu sein – mit ihren Bemühungen um eine immer stärkere transnationale Integration der Staatenwelt einem paradoxen Zentralisierungsprozess Vorschub leisteten, an dessen Ende nicht die ersehnte supranationale Welt, sondern die Hegemonie einiger weniger mächtiger Nationalstaaten stehen werde. Beim Publikum, dass dem Konzept des Nationalstaats mit vielen, der EU allerdings mit auffallend wenig Vorbehalten begegnete, stieß er damit auf wenig Gegenliebe. Insbesondere die schwache empirische Evidenz für die These von der ökonomischen Präponderanz kleiner Staaten und das eigentümlich unscharfe, zwischen einer kulturalistischen und einer institutionalistischen Lesart oszillierende Argument vom Individualismus ganzer Gesellschaften sorgten für Stirnrunzeln und Kopfschütteln. Das von Hans-Peter Müller im Rahmen der Vorstellung zitierte Bonmot von M. Rainer Lepsius, dem zufolge Soziologen keine Jubelperser sind, bewahrheitete sich an diesem Abend somit nicht nur (einmal mehr) für den Vortragenden, sondern auch für einen großen Teil der Zuhörer*innen, die ihre normative Missbilligung durch spärlichen

Applaus bekundeten. Streeck quittierte es mit einem Lächeln. Er dürfte nichts anderes erwartet haben. (Lars Döpking, Karsten Malowitz)

Politik und ihre Möglichkeiten

In der zweiteiligen Forumsdiskussion „Postwachstum?! Eine Debatte“ sollten laut Ankündigungstext „im Sinne der klassischen Debattiertradition jeweils Argumente für und gegen eine bestimmte Annahme bzw. Vorstellung ausgetauscht“ werden. Damit versprach das Format ganz in der Tradition des Postwachstumskollegs zu stehen, in dem sie, so Hartmut Rosa am Abend zuvor während der Eröffnungsveranstaltung „wie die Raben“ miteinander gestritten hatten.

Zumindest im ersten Teil zur „postfaktischen Herausforderung der Demokratie“ war von Disput jedoch nicht viel zu merken. Denn die als „Streitgespräch“ angekündigte Debatte wurde kurzerhand zu einer, wenn schon nicht kontroversen, so doch zumindest „lebendigen“ – um einen der Organisatoren zu zitieren – Podiumsdiskussion umfunktioniert. Offensichtlich hatten sich die Mitwirkenden geweigert, eine der beiden angebotenen Positionen (Stärkung demokratischer Institutionen versus mehr Bürgerbeteiligung) einzunehmen.

Neben der spontanen Änderung des Formats gab es eine ebenso kurzfristige Umbesetzung des Podiums: Patrizia Nanz war abwesend und wurde durch Ulf Bohmann vertreten. Neben Bohmann saßen außerdem Franziska Martinsen, Carolin Schröder, Ursula Münch und Ortwin Renn im Stuhlkreis. Die Moderation samt ausführlichem Impulsvortrag übernahm Jörg Radtke.

Worum wurde nun vor den knapp zehn Zuhörer_innen gestritten beziehungsweise debattiert oder, vielleicht treffender, gesprochen? Es ging um die Frage, die Franziska Martinsen direkt zu Anfang in die Runde warf: Was ist Politik und was ist das Politische? In den gut zwei Stunden wurden dann erwartungsgemäß verschiedene Demokratiemodelle durchdekliniert. Da wäre zum einen die klassisch-repräsentative Demokratie, die – darüber herrschte Einhelligkeit – ausgehöhlt, ja geradezu sinnenleert sei. Sie hätte zwar nach Ortwin Renn durchaus ihre Vorteile, vor allem bei der Abstimmung von komplexen Sachverhalten. Allerdings müssten die offensichtlichen Nachteile des Repräsentationsprinzips durch „richtige“ Partizipationsverfahren kompensiert werden, die dann auch eine Brücke zwischen Betroffenen und Entscheider_innen bauen könnten.

Daneben steht die deliberative, mehr oder weniger radikale Demokratie, die auf mehr Bürgerbeteiligung in direkten und informellen Entscheidungsprozessen setzt. Das bedeutet, dass alles scharf diskutiert werden muss. Das ist, auch hier ist sich das Podium einig, so anstrengend wie zeit- und geldintensiv: Bürger_innen und Interessenvertreter_innen müssen an einen Tisch und dann auch noch miteinander ins Gespräch gebracht werden, Informationsdefizite müssen behoben und ein Bewusstsein für konfligierende Interessen muss geschaffen werden. Und selbst dann bleibt die Partizipation oft ein Nullsummenspiel, denn der Vorteil der einen ist der Nachteil der anderen Partei. Aber, das ist die deliberative Hoffnung, Beteiligungsverfahren haben das Potenzial, das Politikverständnis zu verändern. Nur dort, wo entgegengesetzte Positionen aufeinandertreffen, werden Optionen überhaupt sichtbar, können sich differenzierte Meinungen überhaupt erst herausbilden. Ein bisschen Würze durch die scharfen Diskussionen der radikalen Demokrat_innen kann der allzu faden parlamentarischen Demokratie, die seit Jahren ohne wirklichen Parteienwettbewerb auskommt, also nicht schaden.

Zudem mahnten die Podiumsteilnehmer_innen an, dass es in repräsentativen Demokratien nur wenigen gesellschaftlichen Konflikten gelingt, sich von der Basis bis „nach oben“ in die entscheidenden politischen Gremien durchzusetzen. Ob sich dieses Problem durch eine „intensivierte Demokratie“ mit mehr Bürgerbeteiligung wirklich beheben lässt und wie diese Partizipationsprozesse dann konkret aussehen könnten, ja müssten, blieb offen und auch die „Antwort auf die postfaktische Herausforderung“ wurde in diesem ersten Teil der Diskussionsveranstaltung nicht gefunden.

Im zweiten Teil, der am Nachmittag stattfand, übernahm dann Ortwin Renn die Moderation, das Podium teilten sich diesmal Melanie Jaeger-Erben, Kora Kristof, Wolfgang van den Daele und Felix Ekardt. Diskutiert wurden die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Implikationen der sogenannten Postwachstumswirtschaft. Dass die nachmittägliche Debatte ihren Namen tatsächlich verdiente, lag jedoch weder am kontroversen Charakter der Ausgangsfrage, noch an den dargelegten Positionen. Vielmehr sorgten die teilweise geradezu streitlustigen Diskutant_innen auf dem Podium dafür, dass es zwischendurch hoch her ging. Unterschieden wurde zwischen der Effizienzwirtschaft, in der die vorhandenen Ressourcen so gewinnbringend wie möglich eingesetzt werden, der Konsistenzwirtschaft, die die Ressourcen vermehrt regenerativ verbrauchen will, und der Subsistenzwirtschaft, die radikale Verhaltensänderungen zum weitgehenden Ressourcenverzicht propagiert.

Verhandelt wurde die Frage, was überhaupt politisch möglich ist - und vielleicht auch, was politisch möglich gemacht werden sollte. Felix Ekardt, laut eigener Aussage ein typischer Mann („ich rede auch die ganze Zeit“), hatte dazu einiges zu sagen und dominierte mit seinen Wortbeiträgen stellenweise das Podium. Der moderationserfahrene Renn, der seit Jahren Bürgerbeteiligungsprozesse leitet, hatte bisweilen Mühe, die anderen Gäste ähnlich ausführlich zu Wort kommen zu lassen.

Zwei Punkte zum allgegenwärtigen Thema Klima sollen an dieser Stelle aus der mäandernden Debatte herausgegriffen und kurz ausgeführt werden. Erstens der Appell für gesellschaftliche Veränderungen in Anbetracht der Klimakrise: Kora Kristof thematisierte gleich in ihrem Eröffnungsstatement einen dringend nötigen „mind shift“, allerdings ohne diesen genauer zu spezifizieren. Während Wertewandel laut Kristof nur sehr langsam vonstatten geht, sind auch verhältnismäßig schnelle Veränderungen möglich, etwa durch den „gestaltenden Staat“, der qua Verboten und Steuern in die Konsumpraxen und Lebensverhältnisse der Bürger_innen eingreift. Das war noch vor zehn Jahren undenkbar, wird heute aber ernsthaft diskutiert. Denn es ist es an der Zeit, so die emphatische Aufforderung, die Kristof nicht nur an die Bürger_innen, sondern auch an Wissenschaft und Politik richtete, „raus aus der Blase“ zu kommen und der prekären Situation ins Auge zu sehen.

Der zweite Appell, vorgetragen von Wolfgang van den Daele, zielte darauf, geeignete technische Lösungen für die Klimakrise zu entwickeln und großflächig umzusetzen. Denn gerade in funktional differenzierten Gesellschaften finden derlei technischen Veränderungen die größte Akzeptanz und können demnach am leichtesten eingeführt werden. Warum dem so ist und ob wir - wie Melanie Jaeger-Erben meinte - bereits die technischen Möglichkeiten besitzen, um die Nachhaltigkeitsziele prinzipiell zu erreichen, konnte aufgrund anderer Diskussionsbeiträge nicht weiter eruiert werden. (Wibke Liebhart)

Soziologie von nebenan

Digitalisierung ist in aller Munde. Ständig wird einem die zentrale Bedeutung dieser technischen Entwicklung vor Augen gehalten, ihre zentrale Rolle für alle möglichen gesellschaftlichen Prozesse unterstrichen und vor den von ihr - möglicherweise, wahrscheinlich oder ganz sicher, wer weiß das schon genau? - ausgehenden Gefahren gewarnt, sei es, dass es um die Verwendung und Weitergabe personenbezogener Daten in großem Maßstab geht, Stichwort Big Data, oder um den Abbau von Arbeitsplätzen durch den Einsatz von Technik, Stichwort Industrie 4.0. Was gäbe man vor diesem dauerhaften Hintergrundrauschen nicht für ein wenig empirisch belastbare sozialwissenschaftliche Forschung, die sich, unbeeindruckt vom weit verbreiteten Alarmismus, mit konkreten Fragestellungen des Alltags befasst? Das Panel „Digitalisierung als Treiber der Transformation sozialer Lebenswelten“ am Dienstagvormittag klang da recht vielversprechend.

Die versierte Anna Becker (Berlin) eröffnete den Reigen mit einer munteren

Vorstellung von vier Fallstudien zum Thema Nachbarschaft, genauer zu der Frage, inwiefern die Nutzung digitaler Medien Auswirkungen auf den Sozialraum und das Quartier habe. Die Ergebnisse der analog wie digital an unterschiedlichen Orten durchgeführten Sozialraumanalyse unterstrichen, was man insgeheim schon erwartet hatte: Digitale soziale Medien wie die Nachbarschaftsplattform *nebenan.de* und andere können vor allem als Beförderer analoger Sozialkontakte in der Nachbarschaft gesehen werden, weil sie deren Anbahnung erleichtern, etwa durch dem eigenen sozialen Nahbereich entstammende und online vermittelte Hilfs- oder Verkaufsangebote. Dieser Befund gelte jedoch nicht uneingeschränkt für alle, da Hochbetagte und Personen mit Migrationshintergrund deutlich unterrepräsentiert seien. Letzteres spricht aus Beckers Sicht gegen die frühere Annahme, soziale Medien könnten als eine Art „introduction services“ für neu angekommene Migrant*innen fungieren. Zumindest für *nebenan.de* und andere ausschließlich deutschsprachige Portale ist das außerordentlich voraussetzungsreich und unwahrscheinlich.

Interessant ist, dass der von Becker beschriebene positive Effekt zunehmender Gefühle von Zugehörigkeit zur und Vertrautheit innerhalb der eigenen Nachbarschaft durch die Nutzung sozialer Medien – der angeblich sogar schon dann eintreten soll, wenn Personen gar nicht selbst auf den betreffenden Plattformen aktiv sind, sondern die Chats ihrer Nachbar*innen nur passiv mitverfolgen und auf diese Weise „Bescheid wissen“ – ebenso ins Negative kippen kann. Denn während in kurzen sozialen Interaktionen im analogen Alltag etwa politische Einstellungen kaum eine Rolle spielen, treten diese im eigenen Nutzerprofil oder in schriftlichen Äußerungen in sozialen Medien häufig offen zutage und können zu Konflikten oder gar dauerhaften sozialen Spaltungen eines Quartiers führen: Was die Nachbarschaft schreibt, das bleibt, so Becker.

Im Anschluss gab Sebastian Kurtenbach (Münster) wortreich über zwei von ihm durchgeführte Studien zum bisher in Deutschland unterbeforschten Themenfeld von Digitalisierung und sozialer Ungleichheit Auskunft. Die vorherrschende theoretische, bisher aber nicht (quantitativ) überprüfte Annahme lautet, dass die Nutzung sozialer Medien die Akkumulation von Sozialkapital auch für von Armut bedrohte Menschen wahrscheinlicher und leichter mache, etwa weil bestimmte, im analogen Kontext bestehende Hemmnisse und Barrieren digital nicht oder nur abgeschwächt existierten. Ausgehend von dieser Annahme formulierte er die Hypothese, dass soziale Medien möglicherweise zur Verringerung sozialer Ungleichheiten beitragen könnten. In seinen empirischen Arbeiten fand der bekennende Fan des 1. FC Köln nach eigener Auskunft Anzeichen für einen – wenn auch unklaren – Zusammenhang zwischen Sozialkapital und der Nutzung digitaler Medien. Der Referent meldete weiteren Forschungsbedarf an. Von Interesse dürfte dabei nicht zuletzt die von Kurtenbach selbst nicht aufgeworfene, aber naheliegende Frage sein, ob beziehungsweise wie sich im Netz erworbenes Sozialkapital in die analoge Welt überführen lässt.

Mit dem Trend der Digitalisierung sozialer Dienste befasste sich Rolf G. Heinze

(Bochum), der dem aktuellen Digitalisierungsdiskurs eine zu starke Konzentration auf die Industrie 4.0 attestierte. Gerade in den Bereichen Pflege und Gesundheitsversorgung stünde mittlerweile - zumindest theoretisch - eine Fülle von digital- und e-Health-Anwendungen zur Verfügung, etwa sogenannte, mit digitalen Assistenzsystemen verknüpfte *smart homes*, die Pflegebedürftigen deutlich länger ein Leben in den eigenen vier Wänden ermöglichen. Sie würden allerdings im Diskurs wenig beachtet und kämen in der Praxis insbesondere in Deutschland bisher nur sehr eingeschränkt oder gar nicht zum Einsatz. Während Heinze zufolge in den Niederlanden beispielsweise etwa 80 Prozent der an Diabetes Erkrankten telemedizinisch behandelt und Evaluationen eine hohe Zufriedenheit der Patient*innen belegen würden, sei man hierzulande mit ähnlichen Anwendungen deutlich zurückhaltender. Heinze vermutete, dass hierbei insbesondere die Sorge mancher Ärzt*innen zum Tragen käme, die eigene Profession überflüssig zu machen, etwa wenn eine Gesundheitsapp im radiologischen Bereich Veränderungen um ein Vielfaches exakter bestimmen kann als das menschliche Auge. Vor dem Hintergrund derartiger Befürchtungen werde der Einsatz einer solchen technischen Neuerung natürlich blockiert, so Heinze. Diese Interpretation mag zwar eine generell verlangsamte Anwendung technischer Neuerungen etwa in der medizinischen Diagnostik erklären, nicht aber den vermeintlich länderspezifischen Effekt, den er mit seinen Beispielen nahe gelegt hatte.

Heinze verwies aber nicht nur auf Assistenzsysteme und Gesundheitsapps, auch Nachbarschaftsplattformen spielten im Bereich der sozialen Dienste eine Rolle, weil hierüber die Basis für solidarische Nachbarschaften geschaffen werde, in denen sich Anwohner*innen bei Belangen des täglichen Lebens wie Einkaufen, Putzen oder auch Kinderbetreuung usw. unterstützen. Bisher gäben sich die in Deutschland ansässigen Plattformen als gemeinnützig aus, würden aber nach Heinzes Einschätzung sicher bald kommerziell. Vor diesem Hintergrund meldete er starken Bedarf an aktiven Gestaltungsvorschlägen für eine gemeinwohlorientierte Umsetzung und Implementierung digitaler Neuerungen an. Gerade weil, so der Vortragende, Soziolog*innen dazu neigten, dystopische Zukunftsszenarien zu entwerfen und Risiken hervorzuheben, sei ihr Input gefragt. Insbesondere bezüglich personenbezogener Daten, wie sie etwa im Bereich der elektronischen Patientenakte von zentraler Bedeutung sind, schlug er die Sammlung und Verwaltung der Daten innerhalb kollektiv organisierter Datengenossenschaften wie etwa dem Schweizer MIDATA MODELL vor, die den Big Playern im Datenbusiness gegenüberstünden und entsprechend agieren könnten. Seinen Beitrag beschloss Heinze mit einem klaren Plädoyer: Der Einsatz von Technik müsse - wie gehörte es sich normativ auch anders - immer orientiert an den Bedürfnissen der Menschen erfolgen; die Entwicklung immer neuer Technologien, für die man dann passende Anwendungen suchen müsse, sei sinnlos. Aus diesem Grund sprach er sich für umfangreiche Evaluations- und Feedbackschleifen im Rahmen technischer Entwicklungs- wie Implementationsprozesse aus.

Der letzte Referent, Christoph Strünck (Siegen/Dortmund), thematisierte dezidiert

die in den anderen Vorträgen nur am Rande erwähnte Gruppe der Älteren wie Alten, und zwar mit Blick auf ihre digitale Teilhabe respektive Exklusion. Strünck wartete insbesondere mit einer einhelligen Erkenntnis aus seiner Forschung auf: Den Älteren gehe in Bezug auf die Nutzung digitaler Technologien jegliche Form von Spieltrieb ab. Während bei Jüngeren, insbesondere Digital Natives, ein Interesse an den Fähigkeiten einer App beobachtet werden könne („Spannend! Was kann die App denn alles?“), die spielerisch erobert würden, fragten Ältere nach dem konkreten Mehrwert und Nutzen, den sie aus einer Anwendung ziehen können („Und? Was soll ich damit?“). Diese Nutzenorientierung der Älteren ginge häufig mit Sorgen einher, wobei insbesondere die Angst vor einem Kontrollverlust, mangelnder Transparenz und schlichtweg Überforderung eine Rolle spielten. Vor diesem Hintergrund konstatierte Strünck, dass Digitalisierung gerade in Bezug auf ältere Nutzer*innen nicht nur soziale Teilhabe ermögliche, sondern ebenso eine Voraussetzung, wenn nicht gar Hürde für Teilhabe darstelle.

Die folgende kurze Diskussion kreiste vor allem um die Frage, wozu Digitalisierung überhaupt nötig und wann der Einsatz digitaler Technologien angebracht sei. Eine Anwesende berichtete, dass in ihrem beruflichen Umfeld die tatsächlich sinnvolle Verwendung einer zur Verfügung stehenden Technik überhaupt nicht mehr hinterfragt würde, etwa wenn eine App das permanente Monitoring von Schüler*innenleistungen für alle involvierten Parteien, auch Eltern, ermögliche. Ihr Eindruck sei eher der eines nicht reflektierten Zwangs zur Nutzung neuer Technologien, einfach weil man es kann, ungeachtet damit einhergehender Verbesserungen oder der Berücksichtigung möglicher negativer Folgen. Damit verwies die Diskutantin implizit nochmals auf Heinzes Plädoyer hinsichtlich einer bedürfnisorientierten Anwendung digitaler Technik: Die beiden waren sich offensichtlich einig. Überhaupt schien in dem kleinen Seminarraum großes Einvernehmen zu herrschen, auch bezüglich der Feststellung, dass es klare Grenzen für den Einsatz digitaler Tools geben müsse, die bisher fehlten. Am Ende verließ man die Veranstaltung mit dem Gefühl, überwiegend schlichte, um nicht zu sagen banale Einsichten präsentiert bekommen zu haben, die die gesellschaftliche Diskussion um die Digitalisierung leider kaum bereicherten. Der Nachrichtenwert der Mitteilung, dass sich über Nachbarschaftsportale Sozialkontakte anbahnen lassen und viele ältere Menschen sich mit der Nutzung digitaler Geräte schwer tun, hält sich jedenfalls in Grenzen. Was gäbe man angesichts derart kleinteiliger Forschungsarbeiten nicht für eine steile These. (Stephanie Kappacher)

Im englischen Garten der Soziologie

Dass ausgerechnet ein Panel mit dem Titel „Human Flourishing Beyond Growth“

einen ganzen Hörsaal füllt und die überwiegend studentischen Zuschauer* und -hörer*innen dazu zwingt, mangels Sitzplätzen zu stehen oder sich auf dem Boden niederzulassen, verwundert erst einmal, lässt der Titel doch weder einen klar definierten Gegenstand, noch ein analytisches Konzept oder gar eine Frage erkennen. Man muss aber nicht lang rätseln, denn schon die ersten Minuten machen klar, dass nicht weniger verhandelt wird, als die Frage nach dem „guten Leben“. Diese stelle sich, so der Moderator Peter Schulz (Jena), nicht zuletzt deshalb erneut, weil die mittlerweile anscheinend in den soziologischen *common sense* eingegangenen Prozesse der Beschleunigung, Landnahme und Destabilisierung zur Exklusion und Marginalisierung selbstbestimmter Lebensentwürfe führen würden. In der Forschungsgruppe habe man daher nach zeitgemäßen Konzepten des „guten Lebens“ und seinen gesellschaftlichen Bedingungen gesucht und wolle nun die Ergebnisse vorstellen. Dafür organisiert sich das Panel analog zum diagnostischen Lieblingswerkzeugs des Kollegs: In einer doppelten Zangenbewegung soll „human flourishing“ erfasst werden. Zwei Vorträge widmen sich konzeptionellen Entwürfen, ihnen stehen zwei empirische Fallstudien gegenüber. Pflegen wolle man im Übrigen die im Kolleg bewährte „konstruktive Kontroversität“. Erwarten darf man demnach nach der kurzen Einführung also eine Art Freundschaftsspiel mit heruntergeklapptem Visier. Es treten an: Hartmut Rosa (Jena), Beate Rössler (Amsterdam, NL), Hanna Ketterer (Jena) und Miriam Lang (Quito, EC).

Den Anfang macht Hartmut Rosa, der danach fragt, was Individuen und ganze Gesellschaften überhaupt dazu bringt, nach ständigem Wachstum, Beschleunigung und Destabilisierung zu streben. Ohne viel Umschweife gibt er sich auf seine anthropologische Fragen eine anthropologische Antwort und identifiziert Resonanz als entsprechende Urmotivation. Die bisherigen Angebote der Philosophiegeschichte verwirft er. Weder das „zoon politikon“ Aristoteles' noch Kants „vernunftbegabtes Wesen“ wären hilfreich, denn bevor der Mensch politisiere oder rasoniere... resoniere er. Alles, so hört man, stehe mit allem in Verbindung. selbst der Säugling versuche sich zuallererst mit Mutter, Vater und Umwelt in eine Resonanzbeziehung zu bringen. Dieses Bedürfnis nach Resonanz - Rosa nennt es die „Vergrößerung der Weltreichweite“ - sei nicht nur die Triebkraft von Beschleunigung, Entgrenzung und Destabilisierung, sondern liege auch dem Projekt eines „guten Lebens“ zugrunde. Gesellschaften müssten einen modus operandi finden, der diese Bedürfnisse zu erfüllen vermag, ohne dafür Menschen und die Natur auszubeuten. Die politischen Implikationen liegen auf der Hand: Es gelte, einen „resonierenden body politic“ zu schaffen. Die erste Hürde auf dem Weg dahin sei jedoch schon die Sprache selbst, denn diese sei für jene Art des Weltzugriffs nicht geeignet. Sie lege uns auf die Unterscheidung zwischen aktiver und passiver Verbform fest und zwingt uns so in die Rollen von Tätern und Opfern. In Sprachen wie dem Hebräischen oder dem Altgriechischen findet Rosa jedoch die „Mediopassivität“ (beziehungsweise „Medioaktivität“). Sie drücke den Sachverhalt aus, dass Kausalitäten unklar, Autonomie nicht erreichbar und Souveränität nicht feststellbar sei. Derartige Interaktionen ließen sich lediglich als wechselseitige Affizierungen beschreiben. Teil dieses Weltzugriffs sei die Anerkennung einer gewissen „Unverfügbarkeit“ von Gegenständen, aber auch von Natur und

Geschichte. Das impliziere auch, dass man sich gegenüber ihren Einflüssen nicht abschirmen könne und sie einen unwillkürlich anrufen oder berühren könnten. Um das zu illustrieren, greift Rosa ausgerechnet auf Jean-Paul Sartre zurück. Dieser habe im „Ekel“ beschrieben, welche starke Affekte selbst durch unbelebte Natur im Menschen hervorgerufen werden können. Ob jedoch der Kiesel, vor dem sich Monsieur Roquentin am Beginn des Romans so sehr ekelt, ebenso von der Begegnung affiziert wird, mag man anzweifeln.

Hanna Ketterer erinnert Publikum wie Podium daran, dass soziologische Begriffe ihre analytische Schärfe letztlich am Schleifstein der Empirie erhalten. Ihre Beschäftigung mit dem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) zeige nicht nur, dass sich hinter dem Begriff die unterschiedlichsten Sozialpolitiken verbergen, auch die Strategien ihrer Legitimierung und die zu erwarteten Resultate seien sehr heterogen. Um zum „human flourishing“ beizutragen, müsse das BGE jedoch vier Grundkriterien erfüllen. Neben dem Decken aller notwendigen Kosten des täglichen Bedarfs müsse es gesellschaftliche Partizipation erlauben, als Rechtsanspruch verankert sein und eben bedingungslos, also ohne weitere Verpflichtungen, insbesondere der Verpflichtung zu arbeiten, ausbezahlt werden. Selbst dann, so die sympathisch unanthropologische Argumentation Ketterers, seien die zu erwartenden transformatorischen Potenziale des BGE vor allem von seiner Ausgestaltung und Implementierung abhängig. Eine vorsichtige Prognose wagt die Referentin dennoch: Entspräche das BGE den skizzierten Kriterien, so sei zu erwarten, dass es die Arbeitskraft ein Stück weit dekommodifiziere, Individuen eine Exit-Option aus dem Arbeitsmarkt bereitstelle und somit als effektiver Streikfond die Verhandlungsoptionen von Arbeitnehmer*innen stärke. Einer Demokratisierung des zeitgenössischen Kapitalismus würde damit vorangetrieben, in den dekommodifizierten Nischen und Spalten könnten individuellen Projekten des „guten Lebens“ nachgegangen werden. Das BGE stelle somit eine reale Utopie dar, aber eine, die keine Anweisung für das „gute Leben“ bereithalte, sondern vielmehr die Frage stelle, wer wir seien und wie wir unser Leben führen wollten. Das transformatorische Potenzial des BGE solle man jedenfalls nicht überschätzen. Lediglich in Ausnahmefällen sei zu erwarten, dass durch das BGE die symbolische Ordnung, die auf traditionellen Geschlechterrollen sowie der Hegemonie bezahlter und der Unsichtbarkeit unbezahlter Arbeit beruhe, herausgefordert werde. Man könne nicht - auch hier spricht der Zweifel an der Anthropologie - davon ausgehen, dass Individuen von sich aus gegenhegemonialen Praktiken nachgehen würden, nur weil sie die Möglichkeit dazu hätten. Das BGE stelle lediglich eine materielle und symbolische Gelegenheit dar, die, mit Bourdieu, erst ihren Weg in den Habitus und die sozialen Felder finden und sich „in unseren Körpern sedimentieren“ müsse. Eine Schlüsselrolle würden dabei Menschen einnehmen, die neu in den Arbeitsmarkt eintreten, denn von ihnen sei eher zu erwarten, dass sie experimentierten und von den Möglichkeiten, die das BGE ihnen biete, Gebrauch machten.

Im Konzept des „buen vivir“ - seit 2008 in der Präambel der ecuadorianischen Verfassung als Staatsziel zu finden - erkennt Miriam Lang (Quito, EC) eine weitere

alternative Lebensform. Ihre Studien in zwei ecuadorianischen Kantonen zeigen auf, dass es sich bei dieser Lebensweise keineswegs um eine konservierte und konservierende Tradition handelt. Stattdessen habe man es mit einer überaus pragmatischen, beständig in Austausch- und Aushandlungsprozessen befindlichen Herangehensweise zu tun, die ebenso Konflikte einbeziehe, wie auch das Bewusstsein dafür, dass man lediglich als Gemeinschaft die Herausforderungen meistern kann, die den Alltag bestimmen. Bei „buen vivir“ handle es sich keineswegs um eine antikapitalistische Lebensform, sie sei aus einer Verwertungsperspektive heraus lediglich „dysfunktional“. Eindrücklich beschreibt Lang die Relevanz der Frage, weshalb die Lebensformen indigener Gesellschaften von globaler Bedeutung sind. Knapp ein Viertel der Landmasse der Erde werde zur Zeit von indigenen Gemeinschaften bewohnt und durch sie bewirtschaftet. Die kleinen Andengemeinschaften seien sich Macht- sowie Wohlstandsasymmetrien durchaus bewusst und hätten Umverteilungsmechanismen etabliert, die das soziale Gleichgewicht erhalten sollten, indem sie Wohlstandsakkumulation einiger weniger verhinderten. Dass diese Lebensweise mit nationalen Entwicklungsprogrammen im Argen liegt, erschließt sich unmittelbar. „Buen vivir“ stelle die Gemeinschaft und den Gedanken der Interdependenz in den Mittelpunkt. Sowohl die spirituelle Welt als auch Individuen und die Natur würden bedacht, berücksichtigt – und im Rahmen des Möglichen – geschützt, umsorgt und gefördert. Es handle sich daher um mehr als nur „Resonanz“, auch um mehr als „human flourishing“, nämlich „flourishing of life itself“.

Dafür, dass auch nach dem letzten Vortrag noch immer nicht klar ist, was „human flourishing“ eigentlich sein soll, werden in der anschließenden Diskussion erstaunlich schwere Geschütze aufgeföhren. Rössler kanzelt „Resonanz“ als metaphysischen, „Schwarzwälder“ Catch-all-Begriff ab, der nicht nur Beziehungen zwischen Menschen und Dingen beschreiben, sondern auch Naturverhältnisse ebenso wie Temporalitäten fassen und die Mikro-Makro-Differenz überbrücken solle (Einwurf Rosa: „Das ist nicht Metaphysik, das ist empirische Sozialwissenschaft!“). Autonomie hingegen wird von Rosa – in den unfreundlichen Momenten – als Fiktion eines transzendentalen Subjekts beschrieben, das sich jenseits der Welt befinde und sich diese Untertan machen wolle. In freundlichen Momenten hingegen vereinnahmt er Autonomie als Teil(!)aspekt von Resonanz schlichtweg und subsummiert sie unter seine eigene Konzeption. Wie diese beiden Interpretationen zusammenpassen sollten, wurde im Übrigen nicht aufgelöst. Lang merkt in Richtung Ketterer an, dass es sich bei der Debatte um BGE um eine Nischendebatte des Globalen Nordens handle, die Gesellschaften voraussetze, die tief vom Staat durchdrungen seien. Dem kann Ketterer nur beipflichten.

Am Ende geht alles ganz schnell. Fünf Minuten vor Schluss möchte der Moderator noch fix drei kurze Fragen aufnehmen. Es stehe ja eine 30 minütige Pause bevor, davon könne man doch ein paar Minuten opfern. Einleitend, zwischen den Fragen und im Anschluss an jede einzelne wird eindringlich um Kürze und Prägnanz gebeten. Möglichst viele sollen die Gelegenheit bekommen, ihre Fragen zu stellen, möglichst alle Podiumsgäste die Möglichkeit zur Antwort haben. Die Zeitressourcen

sind knapp. Der Saal hat sich zu diesem Zeitpunkt schon zur Hälfte geleert. Anfangs nur Vereinzelte, zunehmend ganze Gruppen von Besucher*innen verlassen den Raum und machen sich auf den Weg in andere Hörsäle. Andere Veranstaltungen wollen besucht, dazwischen noch ein Kaffee getrunken, die Aufnahmefähigkeit wiederhergestellt werden. Es gilt, das Maximum aus dem Kongressangebot heraus zu holen, die eigene Weltreichweite zu vergrößern. Vielleicht wird man ja durch die nächste Veranstaltung affiziert. Vielleicht resoniert man ja mit irgendwas. (Philipp Tolios)

Zum Verhältnis von Finanzmarkt und Wohlfahrtsstaat

Die Finanzmärkte und der Wohlfahrtsstaat wurden lange Zeit als Antipoden gesehen. Denn letzterer kann als Instrument der Deökonomisierung verstanden werden, da er Teile der Gesellschaft vor den destruktiven Auswirkungen der kapitalistischen Verwertungslogik schützt. Die These vom privatisierten Keynesianismus (Colin Crouch) besagt, dass wohlfahrtsstaatliche Leistungen teilweise durch billige Kredite substituiert werden können. In Kombination mit windigen Praktiken der Verbriefung brachte diese staatlich forcierte Form eines Lebens „auf Pump“ die Finanzmarktstabilität zum Einsturz.

Sascha Münnich (Göttingen) und Julia Rohringer (Göttingen) gingen in ihrem Panel dieser fragwürdigen Verschränkung von Finanzmarkt und Wohlfahrtspolitik nach und versammelten hierzu interessante Beiträge. Gleichwohl wurde die Bandbreite des Phänomens nicht abgedeckt. Es erschöpft sich eben nicht nur in Konsumenten- und Immobilienkrediten, sondern schließt auch die verschiedenen Formen der creative finance ein, die derzeit international und vor allem in den verschiedenen Spielarten des liberalen Kapitalismus erprobt werden: Mikrokredite, social impact investing oder der soziale Wirkungskredit (social impact bond). Ein weiteres Beispiel ist das philantro-kapitalistische mobile money-Projekt in Kenia, das von einem Konsortium aus dem britischen Department for International Development (DFID), Vodafone und der Bill and Melinda Gates Foundation ins Leben gerufen wurde.

Interessant war, dass zwei der Beiträge dieselbe Frage vor dem Hintergrund verschiedener Erwartungen untersuchten: Verringern Kredite den Wohlstand der Kreditnehmer oder erhöhen sie ihn? Sigrid Betzelt (Berlin) zeigte, dass sich die These der Einkommenskompensation am signifikantesten in Deutschland bestätigt, denn hierzulande nehmen Arbeitslose lieber einen Kredit auf, als ins Jobcenter zu gehen. Jenny Preunkert (Oldenburg) betonte, dass nicht notwendigerweise die Schwachen und Ausgebeuteten zu Schuldner_innen werden. Im Gegenteil, im

Ländervergleich rangieren die Niederlande bezüglich der Privatverschuldung ganz vorne und weit vor Griechenland. Insgesamt gilt, dass Immobilienkredite den Wohlstand tendenziell vergrößern, während er durch Konsumentenkredite, bei denen der Einkommensanteil an den Zinsrückzahlungen höher ist, eher reduziert wird. Die Effekte auf die generelle soziale Ungleichheit in Europa sind demnach von Kredit zu Kredit unterschiedlich.

Jürgen Schraten (Gießen) stellte Robert J. Shillers Vision einer fairen Steuer- und Finanzpolitik vor. Der Nobelpreisträger Shiller entwirft das Bild einer gerechten Welt, die durch eine nimmersatte Datenbank namens Global Risk Information Databases (GRIDS) gesteuert wird und in der sich die Steuersätze an die Entwicklung der Lorenz-Kurve – die die Einkommensverteilung eines Landes abbildet – anpassen. Shillers Vision ist die einer stabilisierten Sozialstruktur, die die realen Vermögensverhältnisse permanent in Rechnung stellt – der ökonomietheoretische Traum vom geplanten Sozialstaat!

Markus Lange analysiert in seinem Vortrag die Relevanz und Bedeutung neu auftauchender Leitbegriffe wie den des „politischen Risikos“ und des „systemischen Risikos“. In der Finanzwirtschaft setze sich langsam die Kategorie des (nicht berechenbaren) politischen Risikos durch, während sich die Politik allmählich mit dem systemischen Risiko des Finanzsektors als Ganzem befasse. Beide Felder beobachten sich also im Rekurs auf eine bestimmte Risikosprache gegenseitig. Dabei betont Markus Lange, dass ein Großteil der Finanzmarktaufsicht nach wie vor mikroprudenziell arbeitet, das heißt, die Risikomanagementsysteme der Kreditinstitute (nicht der Vermögensverwalter) werden eben nicht in ihrer Gesamtheit, sondern einzeln überprüft und analysiert, in der Hoffnung, dass die Berechenbarkeit des Risikos einzelner Kreditinstitute das Gesamtsystem stabilisiert.

Im Anschluss an den Vortrag von Markus Lange (Berlin) zu den „Risiken und Relationen zwischen den finanzwirtschaftlichen und staatlichen Feldern“ wurde dann diskutiert, dass das mit der Politikberatung durch Ökonom*innen so eine Sache sei. Denn anders als die Klimawissenschaftler*innen seien sich die Ökonom*innen nämlich uneinig: Während Robert J. Shiller vor der Irrationalität der Märkte warne, beschreibe Eugene Fama eine funktionierende Börsenwelt. Trotz der offensichtlich disparaten Aussagen erhielten sowohl Shiller als auch Fama 2013 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften. Nach der Finanzkrise scheint die Ratlosigkeit auch oder gerade in der Zukunft der Ökonom*innen groß.

Im Sinne der Frage nach Entdifferenzierung lässt sich ergänzen, dass die Bankenaufsicht die Kreditinstitute auffordert, ihre non-performing loans (NPL) – zu Deutsch: notleidende, faule, toxische oder Problemkredite – abzuwickeln, um sie im Namen der Finanzmarktstabilität aus den Bilanzen der vor allem südeuropäischen Kreditinstitute in Griechenland, Zypern, Italien und Portugal zu entfernen. Bei notleidenden Krediten befindet sich der Schuldner im Verzug, weshalb der Wert

des Kredits vom Gläubiger nach unten korrigiert werden muss. Die Abwicklung eines solchen Kredits bedeutet, dass entweder die ausstehenden Forderungen eingezogen oder die Kreditsicherheiten veräußert werden. Das soll das erhöhte Kreditrisiko auf Seiten des Gläubigers beseitigen oder zumindest reduzieren. Hier geht es explizit um eine Zurücknahme des privatisierten Keynesianismus. Aus einer sozialpolitischen Sicht wäre es sicherlich wünschenswert, wenn die notleidenden Kredite nicht um jeden Preis eingetrieben würden. Es findet also eine Differenzierung zwischen den politischen Ressorts (Finanz- vs. Sozialpolitik) statt. Fragen nach den Konsequenzen solcher Maßnahmen zur Finanzmarktstabilisierung, bei denen es sich explizit nicht um sozialpolitische Maßnahmen handelt, könnten Preunkert und Bretzelt in ihren jeweiligen Forschungen ganz im Sinne des „institutions matter“-Ansatzes sicherlich gewinnbringend weiterverfolgen.

Die naheliegende Frage, was genau eigentlich unter Entdifferenzierung zu verstehen sei, blieb offen. Mitnehmen kann man jedoch, dass Finanzfragen letztlich immer auch Wohlfahrtsfragen sind beziehungsweise diese im Kern betreffen. Die Frage nach der Entdifferenzierung von Finanz- und sozialen Fragen eröffnet den Raum für wichtige soziologische Debatten und Diagnosen, die die geläufigen diagnostischen Unterscheidungen von Staat versus Markt oder Wirtschaft versus Politik neu anordnen. (Lisa Knoll)
